

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 8/45. Jahrgang

August 2014

Schutzgebühr: 0,40 €

Fauler Zauber "Bürgerbeteiligung"

Ende Juli stellte die Stadt die Ergebnisse ihrer Befragung zum Thema „Bürgerbeteiligung“ vor – ein sinnloses Unterfangen, wie von der Mehrheit der Angeschriebenen auch erkannt wurde. Nur gut ein Viertel von ihnen (286 von 1000) hat sich die Mühe gemacht und den Fragebogen ausgefüllt. Dennoch soll das Ergebnis „repräsentativ“ sein, außer diesen haben sich weitere 397 Personen freiwillig beteiligt, für eine Stadt mit 80.000 Einwohnern ein ziemlich mickriges Ergebnis. Im Herbst soll der Entwurf einer Satzung zur „Bürgerbeteiligung“ vorgelegt werden. Viel Arbeit, ein Haufen Papier und Geld kostet es auch noch. Dabei ist doch klar, daß die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen in Gießen bei den Entscheidungen des Magistrats letztlich überhaupt nicht berücksichtigt wer-

den KÖNNEN. Solange die Regierenden in Berlin, Wiesbaden und Gießen (das sind überall die gleichen Parteien) an ihrer Finanzpolitik festhalten, wird sich nichts ändern; und diese lautet: „Sparen bei den Armen statt Streichen bei den Reichen“. Im

einerseits das Ausbluten der Normalbürger verstärken und andererseits die Kapitalanhäufungen fördern – und, einmal beschlossen, muß man sich leider an bestehende Vorschriften halten und kann seine Hände in Unschuld (am Sozialabbau) waschen.



Gegenteil: mit „Schuldenbremse“ und „Rettungsschirm“ werden Rahmenbedingungen festgeschrieben, die

Es gibt aber auch Wünsche der Bevölkerung, die nichts kosten (und sogar Geld sparen) wie z.B. der nach dem Erhalt der Wieseeckau und Verzicht auf die Landesgartenschau. Das haben 5000 Menschen mit ihrer Unterschrift bekundet, sie wollten ernst machen mit der „Bürgerbeteiligung“ - und wurden genasführt. Was nützen da die schönen Worte der OB, sie halte die Gründung einer BI „gegen unsere Planungen“ für ein „zutiefst demokratisches“ und absolut legitimes Mittel, um sich politisch zu engagieren. Mit solchen schönen Worten wird eine Spielwiese angeboten, die Demokratie suggeriert, nach der aber nicht gehandelt wird. E. Beltz

Rassismus in Gießen

Sowas passiert mitten in Gießen: Zwei junge Männer betreten ein Lokal und setzen sich an einen freien Tisch. Eine Bedienung kommt, aber statt die Bestellung aufzunehmen fordert sie die beiden auf, die Gaststätte sofort zu verlassen. Eine Beobachterin fragt nach, was das soll. Die Bedienung antwortet, die beiden seien wahrscheinlich Algerier oder Marokkaner und deswegen in dem Lokal unerwünscht. Auf Nachfrage der Presse erklärt die Wirtin, mit Gästen aus diesen Ländern hätte sie schlechte Erfahrungen gemacht, sie würden stehlen und mit Drogen handeln. Auch sonst herrschen in dem Lokal merkwürdige Gebräuche. Die Gäste werden mit Video überwacht und müssen mit Taschenkontrollen rechnen. Was sind das für Gäste, die dort freiwillig hingehen? Gernot Linhart

Inhalt:

EEG/Kirchenaustritte/Gaza	S.2
LaGa-Halbzeit/Lokalverbot/Grüne	S.3
TISA/Barmer/SDAJ-Veranstaltung	S.4
Globaler Krieg/DGB z. Mindestlohn	S.5
Ukraine/MarktfrühschoppenMR	S.6
Buchtipp: AntifaLuftangriff/Leserbriefe	S.7
Termine	S.8

Für Frieden und Sozialismus!



EEG – Notbremse statt planvoller Ausbau

Die große Koalition will angeblich die Strompreise beschränken. Als schuld an Preiserhöhungen wurden die sog. erneuerbaren Energien, vor allem Fotovoltaik, Windstrom und Biomasse-Kraftwerke, ausgemacht. Sie sollen durch Änderung des Erneuerbare-Energie-Gesetzes (EEG) ausgebremst werden. Einziger Erfolg wird ein wirtschaftlicher Schaden für viele in diesem Bereich tätigen Betriebe sein, die Preise werden weiter steigen und die oft versprochene Energiewende auf sich warten lassen. Notwendig wäre nicht ein Herumdoktern am EEG, sondern eine planmäßige Weiterentwicklung der Stromversorgung.

Bisher waren für den Zubau von Stromerzeugung aus Sonne, Wind und Biomasse allein die Interessen von Investoren maßgebend. Dabei wurde zwar sehr viel Geld ausgegeben, aber noch kein einziges konventionelles Kraftwerk wirklich ersetzt.

Stattdessen gibt es zeitweise Überproduktion elektrischer Energie. Naturwis-

senschaftliche Tatsachen können durch Gesetze nicht aufgehoben werden.

Eine solche Tatsache ist, daß ins Stromnetz immer genau so viel Energie eingespeist werden muß wie in der gleichen Sekunde verbraucht wird. Für jeden Erzeuger mit schwankender Einspeisung wie Wind- und Sonnenkraftwerke müßte es also etwas geben, das die Schwankungen zeitgleich ausgleicht, entweder Verbraucher mit regelbarem Verbrauch oder Erzeuger mit schnell regelbarer Leistung. Durch gewinnorientiertem Wildwuchs ist sowas nicht erreichbar. Ohne Gesamtplanung, die auch einen Eingriff in die Besitzverhältnisse beinhaltet, ist der Betrieb eines Netzes mit bedeutendem Anteil von Strom aus Sonne und Wind nicht möglich. Ohne gesamtgesellschaftliche Planung werden die Energiekonzerne mit ihren Kern- und Kohlekraftwerken ihre beherrschende Stellung behalten und die Strompreise nur eine Richtung kennen – nach oben.

Gernot Linart

Ver mehrt Austritte bei beiden Kirchen

Immer mehr Menschen treten aus der Kirche aus, nicht nur aus der katholischen, die mit Mißbrauch und Protzgehab (Limburg) Schlagzeilen macht, sondern auch aus der evangelischen. Dieser kehrten nach jüngst veröffentlichten Zahlen im vergangenen Jahr in Gießen 932 Menschen den Rücken, 2012 waren es 694; genau so viele haben bereits in diesem Jahr ihren Austritt erklärt.

Bei der katholischen Kirche sieht es ähnlich aus. 481 Austritte 2013 (2012: 248) und in diesem Jahr bereits 266.

Nichtchristen werden zur "Taufe" genötigt

Nun sind diese Zahlen allein wenig aussagekräftig und wären uns auch ziemlich egal, wenn es da nicht die Vorschrift gäbe, daß kirchliche Einrichtungen (Kitas, Altenheime, Krankenhäuser...) als Voraussetzung für einen Arbeitsplatz die Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche verlangen. Und da bewußt und gewollt auch in Gießen immer mehr derartige Einrichtungen von den Kirchen übernommen werden, stehen die Chancen für Nichtchristen schlecht. Es sind keine Ausnahmefälle, in denen Arbeitssuchende sich taufen lassen müssen, um einen Job zu bekommen und dann noch Kirchensteuer bezahlen müssen. Daß die Kirchen diesen Opportunismus (man kann auch Heuchelei sagen) fördern und dulden, spricht nicht für sie.

Der Mikrozensus 2011 zählte in Gießen 14.250 Katholiken (= 19,2%) und 32.030 Protestanten (= 43,2%); 19.650 Menschen (= 26,5%) waren keiner Religionsgesellschaft zugehörig.

Es ist Aufgabe des Staates, der nach der Verfassung von der Kirche getrennt ist, dafür zu sorgen, daß diese Menschen sich mit ihren Kindern nicht genötigt sehen müssen, kirchliche Einrichtungen in Anspruch zu nehmen und eine Missionarisierung über sich ergehen zu lassen. Ein säkularer Staat wie die BRD muß selbst ausreichende konfessionsfreie Einrichtungen unterhalten und nicht noch die kirchlichen finanzieren, wie es geschieht.

Und der Trend zur Kirchenabkehr ist längerfristig: im Jahr 2000 gab es in Gießen noch 22% Katholiken und 46% Evangelische. Erika Beltz



Etwa 1000 Menschen folgten am Samstag (26.07.) vor dem Rathaus dem Aufruf für ein Ende des israelischen Terrors gegen Palästina. Gefordert wurde eine Einstellung des Bombardements auf Schulen, Krankenhäuser und soziale Einrichtungen. Zur gleichen Zeit versteckten sich 45 Anhänger Israels hinter Tüchern mit Texten auf dem Kirchenplatz.

Träger des "Alternativen Nobelpreis" verurteilen die Gewalt gegen Zivilisten im Gaza-Krieg:

(...) Während Bomben und Kugeln sowohl Zivilisten als auch medizinisches Personal in einer Spirale von Gewalt und Hoffnungslosigkeit töten und verwunden, ist Gaza Engpässen in der Versorgung mit Wasser und Elektrizität, Krankenhäusern, Ärzten und Medizin ausgesetzt. Etwa 24 Prozent aller, die in Gaza ihr Leben in Folge der israelischen Bombardierung und militärischen Invasion verloren, sind Kinder.

Allerdings liegt die Verantwortung für diese Tode nicht allein bei den israelischen Soldaten, den Hamas-Kämpfern

und deren Regierungen. Auch andere Regierungen sind entweder direkt oder indirekt verantwortlich, sei es durch Waffenhandel, militärischen Rat und Schweigen. Diese Länder sowie die Vereinten Nationen scheinen nicht aus der Vergangenheit gelernt zu haben. Unterdessen – der schnell wachsenden Gewalt in Gaza zum Trotz – bewegen sich die Verhandlungen unglaublich langsam voran und werden von eigennützigem Interessen aus Ländern behindert, die keinerlei Blutvergießen in diesem Konflikt ausgesetzt sind. (...)

Halbzeitbilanz der LaGa: Lausig

Im Mai wurde die Landesgartenschau trotz großer Bedenken und Proteste eröffnet und ab Oktober soll die Grünanlage wieder für jeden frei sein. Nun ziehen selbst die Verantwortlichen eine nüchterne Bilanz und versuchen dennoch die bevorstehende Abrechnung schön zu reden. Die Stadt Gießen kalkulierte mit 700.000 Besuchern und 6,4 Millionen Einnahmen. Weniger als die geplante Hälfte haben bisher ein Ticket erworben. Etwa 270.000 Menschen haben bisher die LaGa besucht, bzw. eine Karte erworben. Schlussendlich müssen hier 101.000 Dauerkarten und 30.000 Tickets der Studenten beachtet werden, die durch das Zuzahlen von 5.-

auf das Semesterticket freien Eintritt haben. Es wurden bisher nur 150.000 Tageskarten verkauft. Abgerechnet wird am Schluss. Die Cafés, Kneipen und Restaurants um das LaGa Gelände haben auf Rückfrage keinen höheren Umsatz zu verzeichnen.

Gleichzeitig ist seit Monaten der Stadt Gießen die Tatsache bekannt, dass der Caterer auf dem LaGa Gelände, die Firma Polster aus Dresden, an die Angestellten im Palmencafe nur Dumpinglöhne von etwa 6,40 Euro zahlt. Auf Anfrage im Magistrat und der Nachfrage des DGB, wird seither vergebens auf eine Stellungnahme oder Reaktion der Stadt gewartet. M.L.



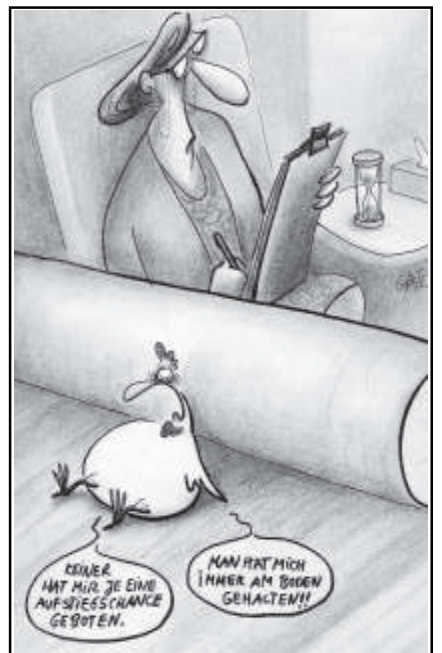
Die zugegebenen Fehler der Grünen

Bgm. gesteht „Fehler“ ein. Auf der letzten Sitzung des Bauausschusses stand die Abstimmung über ein „Forschungsgebäude CIGL“ (Lungenforschung) auf dem Seltersberg an. Derartige Forschung ist gewiss zu unterstützen.

Nun sollen dafür wieder einmal Bäume gefällt werden. SPD/GRÜNE lieferten die Vorlage.

Nach meinem Einwand, die Grünen hätten in früherer Zeit für jeden Frosch zu Überquerung einer Straße eine Mahnwache aufgestellt und verboten, Bäume ab bestimmter Dicke zu fällen, gab Frau Weigel-Greulich zu Protokoll, das seien Fehler der Grünen gewesen.

Der ehemalige Leiter des MZI (Mehrzweckinstitut), Prof. Dr. Ernst Petzinger, sieht laut GAZ vom 25. Juli 2014 z.B. eine Alternative zum Seltersberg in diesem Gebäude. (..falls es nicht an das Rhön-Klinikum verschertelt wurde). Michael Beltz



Redebeitrag der SDAJ auf einer Kundgebung gegen das Lokalverbot

"Kriminalität ist nicht zu tolerieren, Rassismus jedoch ebenso wenig. Und dieser findet hier statt! Eine pauschale Aussage zu treffen und Kriminalität auf die Herkunft, Sprachkenntnisse oder andere ethnische Merkmale eines Kneipenbesuchers zurückzuführen darf nicht akzeptiert werden. Niemand sollte rassistische Ausgrenzung erfahren. Auch nicht, weil es das Gießener Nachtleben sicherer mache. Auch nicht, weil es egal sei, dass es manchmal die Falschen trifft. Denn es nicht egal und es beugt nichts vor. Niemand ist wegen seiner Herkunft kriminell, niemand wird geschützt durch rassistische Auslese.

Auch verurteilen wir diesen Alltagsrassismus so öffentlich, da es sich in Gießen um keinen Einzelfall handelt. Nicht nur das Lokalverbot der Bierbörse besteht offenbar schon länger ohne dass es Beachtung gefunden hat...Trotz Hausrecht, darf niemand aufgrund seiner Herkunft als kriminell stigmatisiert werden. Solche Einstellungen und Meinungen müssen raus aus den Köpfen. Wir fordern eine Stellungnahme der Lokalbetreiberin. Wir wollen, dass jeder weiß, was hier passiert und fordern jeden Besucher auf, sich klar zu machen was hier passiert und dass hier Rassismus stattfindet." (gekürzt)

Der Stadtverordnete M. Tanriverdi fordert eine Rücknahme der Konzession für dieses Lokal wegen der dortigen Beleidigung von Ausländern dunkler Hautfarbe. Der Vorwurf, dort werde Rassismus betrieben, kommt nicht nur von ihm. - Da jedoch das gesamte Ensemble einschließlich Kneipe einem mehrstöckigen Gebäude weichen soll – Abriss 2015 – könnte sich die Angelegenheit von selbst erledigen. Das entbindet uns nicht von der Aufgabe, jede Art von Rassismus zu bekämpfen. M.B.

TISA – ein neuer Angriff der Konzerne

Schon lange ist es den internationalen Konzernen ein Dorn im Auge, daß es immer noch große Lebensbereiche gibt, die nicht total der Profitlogik unterworfen sind. Wirtschaftlich interessant sind vor allem die öffentlichen Dienstleistungen, die in der Europäischen Union etwa ein Viertel des Bruttosozialproduktes ausmachen. Deswegen gab es schon mehrere Versuche, auf EU-Ebene oder über die Welthandelsorganisation WTO den Konzernen den Zugriff auf diese Bereiche zu öffnen. Sie sind immer am Widerstand der Bevölkerung gescheitert, waren politisch nicht durchsetzbar.

Zur Zeit gibt es neue Versuche, zum Teil über das Transatlantische Handelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA und noch weitergehender über ein „Trade in Services Agreement (TISA)“, an dem neben EU und USA noch 50 weitere Länder beteiligt sind. Die Verhandlungen werden unter strengster Geheimhaltung in Genf geführt. Die Teilnehmer nennen sich „Really good friends of Service“ – wirklich gute Freunde der Dienstleistungen. Das klingt nicht nur wie die Selbstbezeichnung einer Mafia-Organisation, es verfolgt auch die gleiche Zwecke wie diese – Eindringen in alle Lebensbereiche und Gewinne abschöpfen. Praktisch alles was man sich vorstellen kann soll privatisierbar sein und dereguliert werden, von der Wasserversorgung über Gesundheitswesen bis zu Bildung und Kultur, alle Lebensbereiche sollen dem Markt unterworfen werden. Vor allem soll verhindert werden, daß einmal erfolgte Privatisierungen wieder rückgängig gemacht werden können, was wegen schlechter Erfahrungen in der Vergangenheit mehrfach der Fall war. Wie das TTIP soll auch TISA über Gesetzen und sogar Verfassungen stehen. Ein allmächtiges Gremium aus Konzern- und Regierungsvertretern hätte die Macht, alle gesetzlichen Regelungen auf Vereinbarkeit mit dem Abkommen zu überprüfen, gegebenenfalls könnten Konzerne vor privaten Schiedsgerichten Schadenersatz einklagen. Dieser Generalangriff auf alle öffentlichen Dienste darf nicht durchkommen – TISA und TTIP müssen durch Gegenwehr verhindert werden. G. Linhart

Arbeitslos und prekär - Jugend in der EU

Zur Veranstaltung „Arbeitslos und prekär. Was die EU der Jugend bietet“ der SDAJ Gießen/Marburg und der DKP Gießen am 9.7.2014 im Café Amelie kamen ca. 30 interessierte



Zuhörer. - Die Genossin und der Genosse aus Frankfurt haben uns anhand von aktuellen Zahlen und authentischen Beispielen gezeigt, wie schlecht die Lage der Jugend wirklich ist. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass der Arbeiterjugend ein Bewusstsein für ihre Lage vermittelt werden muss, denn nur durch Information, Aufklärung und gemeinsames Handeln können Verbesserungen erreicht werden. Rechts im Bild: Max Matthes, Vorsitzender der SDAJ Hessen.

Barmer GEK: Kämpfen lohnt sich immer!

„Für Arbeitsplätze kämpfen!“, so titelte das Gießener Echo im April. Nun, was ist aus dieser Forderung geworden? Die zuständige ver.di Sekretärin „ist froh, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen gibt...“ (Frankfurter Presse). Und die Gießener und Marburger Tageszeitungen scheinen kein Interesse an Einschätzungen der Gewerkschaft, geschweige denn von Personalrat und Vertrauensleuten, zu haben. Ausführlich zu Wort kommt hier lediglich der Gießener Regionalgeschäftsführer. Er lobt die Umstrukturierung der Barmer GEK in höchsten Tönen als „kundenfreundliches Projekt“, und für die „Mitarbeiter“ gibt es sowieso keinen Grund zu klagen, jeder erhalte schließlich ein Angebot in einem der zukünftigen Zentren in Wiesbaden oder Kassel zu arbeiten. Und da viele der Beschäftigten in Gießener Nachbarkreisen wohnen, ist ein Wechsel des Arbeitsplatzes nicht unbedingt mit einem längeren Weg zur Arbeit verbunden... Vielleicht hätte ein kritischer Journalist nachgefragt, wo denn die Beschäftigten der Barmer GEK Gießen wohnen, die demnächst nach Wiesbaden oder Kassel fahren sollen.

Eine weitere Frage - wenn alles so wunderbar sozialverträglich abläuft, betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden, jeder ein Angebot erhält: Wie will denn der Vorstand der Barmer sein Ziel, 3.500 Vollzeitstellen abzubauen, erreichen? Für die Beschäftigten ist die Sache noch lange nicht erledigt. Die Warnstreiks zur Tarifrunde zeigten Wirkung. Eine negative Berichterstattung in den Medien – mit tausenden

streikenden Kolleginnen und Kollegen – wollte der Verwaltungsrat, das höchste Gremium der Krankenkasse, keinesfalls noch einmal erleben. Daher einigten sich innerhalb kürzester Zeit Gewerkschaft und Barmer GEK auf einen Tarifvertrag. Die aufkommende kämpferische Stimmung in der Belegschaft wurde schnell wieder in die Bahn des Sozialpartnerschaftsprinzips gelenkt. Am Verhandlungstisch – nicht auf der Strasse und im Betrieb – wurde der „Kampf“ geführt. Der Vorstand verzichtet nicht auf die Umstrukturierungen, er nimmt auch den geplanten Stellenabbau nicht zurück. Dennoch wurden große, teilweise bisher beispiellose, Zugeständnisse gemacht. Ein nicht kalkulierbares Risiko bildet für den Vorstand die Zusage, dass jeder Beschäftigte ein zumutbares Angebot erhält. Was passiert wenn alle Beschäftigten dieses Angebot annehmen werden?

Jede betriebliche Auseinandersetzung, jeder Streik, ist eine gute und notwendige Schule im Klassenkampf. Die Beschäftigten lernen aus ihren Siegen und Niederlagen, lernen zu unterscheiden zwischen Freund und Feind; die Fronten werden klarer und die Opportunisten entlarven sich selbst. Von daher war die Losung im April-Echo „Für Arbeitsplätze kämpfen“, genau die richtige!

Auch hier – wie in vielen Bereichen des sog. öffentlichen Dienstes - bewies sich die Binsenweisheit, die viele angebliche „Linke“ lange vergessen zu haben scheinen: „Der größte Kapitalist im kapitalistischen Staat ist der kapitalistische Staat selbst!“

Krieg droht permanent und global

Bundespräsident Gauck fordert mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung spricht sich in Befragungen dagegen aus. Das stört Außenminister Steinmeier (SPD) und Kriegsministerin von der Leyen (CDU) nicht, Auslandseinsätze zur Verteidigung wirtschaftlicher Interessen zu fordern, den Schutz von Rohstoffen und Handelswegen, wie es in den Verteidigungspolitischen Richtlinien schon seit Ende der Blockkonfrontation heißt. Von der Leyen will Kampfdrohnen, eiert aber verbal herum, weil das selbst in der Koalition umstritten ist, aber vor allem in der Bevölkerung auf Ablehnung stößt. In Afghanistan, so von der Leyen, hätten sich geleaste Aufklärungsdrohnen bewährt, d. h. sie werden schon heute eingesetzt. Es geht nur noch um ihre Bewaffnungsfähigkeit. Die sei nötig zum Schutz der eigenen Soldaten. In Wahrheit senkt die Fähigkeit, Kampfdrohnen einzusetzen, die Schwelle zum Krieg und verführt zu mehr und riskanteren Kampfeinsätzen in allen Teilen der Welt. Es werden mehr Soldaten in solche Einsätze geschickt als bisher und das entspricht genau dem Ziel, die Bundeswehr zu einer Armee im permanenten Einsatz zu machen. Mit Kampfdrohnen (sie tragen die „anheimelnden“ Namen Predator und Reaper, also Raubtier und Sensenmann), die aus weiter Entfernung töten, nehmen sich Staaten das Recht, jede Person, die sie als „Terroristen“ zu identifizieren glauben in jedem Land der Erde, zu jeder Zeit zu töten. Die Unschuldsvermutung wird umgedreht: Der Verdäch-

tigte ist schuldig bis zum Beweis des Gegenteils. Dann ist er allerdings bereits tot. Brandan Boyant, US-amerikanischer Drohnenpilot, sah Sekunden bevor seine Rakete einschlug, plötzlich ein Kind um die Ecke biegen.

„Das war ein Junge, den wir gerade getroffen haben“, sagt er zu seinem Piloten-Kollegen.

„Nein, das war ein Hund“, schaltet sich ein Vorgesetzter in das Gespräch ein. Brandan Boyant schaut sich die Aufzeichnung noch einmal an: ein Hund auf zwei Beinen.

Seit dem 11. September 2002 – wer auch immer der Verursacher war – geht eine qualitative Veränderung der Kriegführung vor sich. Der von Bush ausgerufene „Krieg gegen den Terror“ kommt als polizeiliche Strafaktion daher. Die ganze Welt ist der Feind, wenn den führenden Industriestaaten mit den USA an der



selbst ein Land wie die USA überfordert, bedarf es Hilfswilliger. Und so soll Deutschland, selbst das führende Land in Europa, einen bedeutenden Part übernehmen, Deutschland, dessen Politiker angeblich über US-Spionage empört sind. Ein Zwilling der Drohne ist der Datenwahn der NSA, denn zur Allmacht gehört die Allwissenheit. Noch gibt es Einzelne, denen beim Erwerb von Kampfdrohnen nicht ganz wohl ist. Leider haben wir es seit der deutschen Wiederbewaffnung in den Fünfzigern gesehen, wie solche Widerstände mit der Zeit durch Lügen



Spitze irgendwo die Politik nicht passt. Alles, was irgendwo in der Welt geschieht ist für die USA Innenpolitik, und da die Durchsetzung dieser Weltpolitik

und Versprechungen dahinschmelzen. Die Friedensbewegung ist aufgefordert, ihre Kräfte zu vervielfachen, um die neue Eskalation in der Kriegführung zu verhindern. Klaus Mewes



DGB-Aktion zum Mindestlohn



Mathias Körner vom DGB sprach vor Gewerkschaftern zum Thema Mindestlohn auf einer Kundgebung Anfang Juli in Gießen. Während eine vorsichtige Lobpreisung für die Ministerin Nahles zu hören war, wies er dennoch darauf hin, dass die nun - mit vielen Einschränkungen - beschlossenen 8,50 Euro nur ein Einstieg sein können.

Solidarität mit den Kommunisten und allen Antifaschisten in der Ukraine

Die Kommunistische Partei der Ukraine wurde aus dem nationalen Parlament ausgeschlossen. Es besteht nun die Gefahr, daß sie verboten wird, wie es der Justizminister fordert.

Die KPU hatte bei den Parlamentswahlen 2012 13 Prozent der Stimmen bekommen, vor allem im Osten und im Süden des Landes, wo sie in mehreren Arbeiterregionen Ergebnisse zwischen 20 und 25 Prozent erreichte.

Das durch den Februar-Putsch in der Ukraine an die Macht gekommene Regime bekämpft politische Gegner im eigenen Land mit Panzern und Kriegsflugzeugen, mit Brandanschlägen und Überfällen prügeln der Banden, mit Hetze, Lügen und Diskriminierung. Das von Oligarchen und von faschistischen Organisationen wie »Swoboda« und »Rechter Sektor« installierte Regime, das von der EU und der NATO als »Regierung« anerkannt wurde und von der EU und den USA mit Milliarden Euro und Dollar unterstützt wird, unternimmt nun den nächsten Schritt zur Beseitigung seiner politischen Gegner.

Der eigentliche Vorwurf gegen die Kommunisten besteht darin, daß sie die einzige politische Partei in der Ukraine sind, die bedingungslos für den Frieden eintreten und den Abzug der Armee, der von Faschisten durchgesetzten »Nationalgarde« und anderer militärischer Einheiten aus dem Osten des Landes fordern. Das angestrebte Verbot der KPU ist auch darauf ausgerichtet, den Widerstand gegen die Privatisierungsprogramme zu brechen, die von den Kommunisten scharf kritisiert wurden, weil diese Privatisierungen ausschließlich den Interessen der Oligarchen, die in der Ukraine an der Macht sind, sowie denen der westlichen Konzerne dienen. Zudem werden immer mehr Austeritätsmaßnahmen durchgesetzt, die vor allem die Lohnabhängigen und die Rentner treffen...

Wir fordern von den Regierungen unserer Länder, sich eindeutig gegen die faschistische Machtergreifung in der Ukraine Position zu beziehen.

Solidarität mit den Antifaschisten und der Kommunistischen Partei der Ukraine! Widerstand gegen Faschismus und Kriegsgefahr!

(Unterzeichner: Deutsche Kommunistische Partei, Kommunistische Partei der Niederlande und Luxemburgs sowie Partei der Arbeit Belgiens - gekürzt)



Marburg:

Polizei ermöglicht gewaltsam Marktfrühschoppen

Am Sonntag, den 06. Juli, konnte Marburg zeigen, was es unter 'Toleranz' versteht: Der burschenschaftliche Marktfrühschoppen auf dem Marburger Marktplatz wurde durch den gewaltsamen Einsatz einer Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit der Polizei durchgepeitscht.

Früh morgens hatten wir - ein Bündnis mehrerer Gruppen, u.a. der SDAJ - den Marktplatz 'abgeriegelt': Durch eine Absperrung aus aneinandergeschlossenen Fahrrädern, mit Schildern und Transparenten, wurden ca. um 7 Uhr die ersten Aufbauabsichten vereitelt.

Gegen 10 Uhr wurde geräumt. Wir errichteten daraufhin eine Sitzblockade. Die Polizei forderte uns zum Weggehen auf. Wer dem nachkam, wurde fest am Arm gepackt und an den Rand des Marktplatzes eskortiert. Wer dem *nicht* nachkam, wurde weggetragen, dabei oft auch weg-

gezerrt und über den Boden geschleift, hin und wieder fallengelassen, mal an den Haaren gezogen, bekam Körperteile verdreht oder Prellungen ab, oder durfte diverse Schmerzgriffe kennenlernen.

Dass die Polizei mit solcherlei Härte vorgeht, ist beachtlich, wenn klarer wird, wem sie da genau hilft: Vor allem Burschenschaften sind ausgrenzend und voller Hierarchien. Der 'Alte Herr' macht ideologisch und finanziell Einfluss geltend, die 'Burschen', und unter diesen die 'Füchse', unterwerfen sich. Nach außen werden Menschen rassistisch, klassizistisch und sozialchauvinistisch be- und abgewertet, die Vorstellung 'man' sei die 'Elite' setzt voraus, dass es auch andere gäbe, die weniger wert seien, einschließlich 'Frauen' und alle LG-BTQI.

Doch anstatt die Verhinderung des 'Festes' zuzulassen, wurde aktiv und gewaltsam (!) geräumt. So muss geschlussfolgert werden, dass staatlicherseits der Marktfrühschoppen nicht nur geduldet, sondern überhaupt erst ermöglicht wurde!

Reaktionären Kräften aktiv und selbst nach rechtsstaatlichen Maßstäben total überzogen eine Bühne zu verschaffen, passt zur Raumpolitik in Marburg: Was die Herrschenden stört, wird delegitimiert und bekämpft: Wagenplatz, Radikale und die Mieter u.a. der Nordstadt können ein Lied davon singen.

Daher:

- Auch nächstes Jahr: Marktfrühschoppen blockieren!

- Solidarität mit allen durch die Stadtentwicklung Marginalisierten!

Eure SDAJ GI/MR



Buchtipp: Antifa heißt Luftangriff

In der Ukraine werden Kommunisten und andere Linke im Gewerkschafts-haus in Odessa erschlagen oder lebendig verbrannt. Im Auftrag der Interessen des deutschen Imperialismus posiert SPD Minister Steinmeier mit dem Chef der faschistischen und antisemitischen Swoboda, Pfarrer Gauck betreibt Kriegspropaganda an der Heimatfront. Wir beobachten, wie schnell der Kapitalismus die bürgerlich-demokratische Herrschaftsform hin zum Faschismus wechseln kann, wenn es dem Kapitalinteresse entspricht. Die gewachsene Gefahr eines 3. Weltkrieges macht dieses Buch so wichtig. Denn die Frage ist: Wo ist der Widerstand, wo ist die Friedensbewegung, die antifaschistische Bewegung?

Susann Witt-Stahl, Michael Sommer und weitere Autoren untersuchen, was ist Antifaschismus, wie wurde seit

den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts an einer staatstragenden Definitionsänderung gearbeitet, weg von antirassistisch, antikapitalistisch und antiimperialistisch zu neoliberal, staatstragend.

Im Schatten von antifaschistischen Hüpfburgen, bundesweiten Schweigeminuten mit DGB und dem Arbeitgeberverband BDA anlässlich der NSU Morde, Musikfestivals und Lichterketten, werden in Deutschland seit den 90er Jahren massiv demokratische Rechte abgebaut, der Überwachungsstaat ausgebaut und hemmungslos Kriegsvorbereitungen – z.B. mit dem Umbau der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee – getroffen. Ich sehe das Buch als eine der wichtigsten Neuerscheinungen diesen Jahres an, ausgehend von der Erkenntnis, daß Faschismus keine eigenständige Ideologie, sondern eine



Form der Herrschaft des Kapitals ist, als Anregung über die Stoßrichtung von Antifaschismus/Antikriegspolitik sowie Voraussetzungen für Bündnispolitik nachzudenken.

Sabine Albrecht

Leserbriefe

Redaktionsschluß für September-Echo: Mi., 20.08.2014

Krieg ist keine Lösung! Es gab Zeiten, da lebten Juden, Palästinenser und andere Völker im Nahen Osten friedlich zusammen. Das ist nicht mehr möglich. Ursachen sind die widerrechtliche Besetzung palästinensischen Territoriums, das Einsperren der Menschen im kleinen Gazastreifen. Jahrzehnte unter erbarmungsloser Besatzungsmacht haben skrupellose Kräfte hervorgebracht. Das jüngste Beispiel ist die Ermordung dreier israelischer Jugendlicher. Dass es nicht gelang der Hamas eine Beteiligung nachzuweisen, hindert die israelische Regierung nicht daran, ein Massaker (bisher über 1000 Tote) im Gaza anzurichten. Israelische Mörder verbrannten einen palästinensischen Jungen bei lebendigen Leibe. Als Rache wurden dann wiederum Raketen gen Israel geschickt. So werden Kriege von Menschenhand gemacht. "Nicht der Krieg..., Frieden ist der Ernstfall". (G. Heinemann/ Bundespräsident, 1969) Uwe Bossart

Der Kapitalismus in seiner Profitgier hat nun in der Computerbranche zugeschlagen. Seit dem 8. April d.J. hat die Computerfirma Microsoft nach 12 Jahren die Kumpaneie mit ihrem "Partner" Windows beendet. Dies bedeutet, dass das Support (Unterstützung, wie z.B. beim Updaten und Upgraden) für das Windows XP-Programm durch Microsoft nicht mehr gegeben ist. Die offizielle Begründung ist, dass so effektiver, also profitabler, gearbeitet werden kann. Für die Anwenderinnen und Anwender bedeutet das, dass dieses Programm erheblich unsicherer geworden ist und verstärkt und teilweise schutzlos Mailwares, Viren und anderen kriminellen Angriffen ausgeliefert ist. In aller Regel bedeutet das für die Kunden, dies wird ihnen auch nahe gelegt, dass sie sich einen neuen PC kaufen sollten, wofür sie tief in ihre Geldbörse, soweit vorhanden, greifen müssten. Auch die "lieben Mitarbeiter" vom Softwareoligarch Microsoft sind von diesen sog. Marktgesetzen betroffen: Laut dpa vom 18. Juli will der Konzern bis Dezember über 18.000 von ihnen "loswerden". Der Mensch geht im Kapitalismus eben nicht vor Profit!

Uwe Moldenhauer

Fidel zum 87. Der Terror gegen Fidel und sein Volk: Die offizielle Bilanz seiner Feinde: Es gibt 629 durch den CIA zugegebene Attentate gegen Fidel Castro. Wie ein Wunder überlebte er unversehrt alle. Glückwunsch für den Comandante - auch zu seinem 87. Geburtstag am 13. August, Gesundheit für Deinen ganz speziellen Tag. Ich wünsche ein langes erfolgreiches Leben und Prosperität für Cuba und alle Völker auf dieser Erde. Kämpfen wir gemeinsam für Frieden, Gerechtigkeit auf der ganzen Welt, gegen Imperialismus und Krieg sowie Klimakatastrophe. "Un mundo mejor es posible". Eine bessere Welt ist möglich". Sofortige Freiheit für alle fünf cubanischen Antiterroristen, die in den Knästen der Amis schmachten. Yankees raus aus Guantanamo. Patria o Muerte!

Falk Moldenhauer

UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung

Woche für Woche
Antikriegszeitung

Wochenzeitung der DKP

10 Wochen kostenlos testen
CompressVerlag, Hoffnungs-
Str. 18, 45127 Essen

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr. 193070 Sparkasse Gießen, BLZ 51350025 bzw. IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Ich möchte:

das Gießener Echo abonnieren

das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

Adresse:

.....

e-mail:

1. September: Antikriegstag

Der Nationalsozialistische Untergrund

Tote Spitzel, verschwundene Beweise und das Märchen vom staatlichen Versagen. Referent:

Wolf Wetzel

Autor des Buches: Der NSU-VS-Komplex: Wo beginnt der Nationalsozialistische Untergrund - wo hört der Staat auf?, Münster, Unrast Verlag 2013

Dienstag, 9. September, 20 Uhr, Vortragsraum d. Kongreßhalle
Eine Veranstaltung der VVN-BdA u.a.

Wetzlar

Karl Kraus: „Die letzten Tage der Menschheit“

Zur Erinnerung an den Beginn des 1. Weltkrieges, Szenen aus dem Gesamtwerk von Karl Kraus - dargeboten als Solostück von dem Schauspieler

Erich Schaffner

Freitag, 12. Sept., Kulturzentrum FRANZIS, (Franziskanerstr. 4-6)
außerdem: Redebeiträge der Veranstalter und Infotische zur Geschichte des Friedenskampfes im heimischen Raum

Beginn: 19:30 Uhr, Einlass ab 19 Uhr, Eintritt 5.- Euro, (ermäßigt: 3.- Euro)

Veranstalter: DKP, Linke, Wetzlarer Friedenstreff

100 Jahr nach Beginn des 1. Weltkrieges

Studienfahrt nach Verdun 20./21. September 2014

Abfahrt: Samstag, 20. 9., 8 Uhr am alten Schlachthof in der Schlachthofstr.
Rückankunft in Gießen: Sonntag, 21. 9., ca. 20 Uhr

Studienfahrt zu den Schlachtfeldern des 1. Weltkrieges in einem bequemen Reisebus (u. a. mit Toilette). Teilnehmerkosten für Fahrt, Eintrittspreise und Übernachtung im DZ: 80 Euro (im EZ: 95 Euro, ohne Übernachtung: 55 Euro)
Anmeldung bis spätestens 20. August per E-Mail an: Stefan.Walther1@gmx.net
bei gleichzeitiger Überweisung der Teilnehmerkosten auf das Konto von S. Walther bei der Sparkasse Gießen, Stichwort ‚Verdun‘

IBAN: DE 79513500250025147994 - BIC: SKGIDE5FXXX

Veranstalter: Linkes Bündnis Gießen

Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr, bei den 3 Schwätzern

Unserem hilfsbereiten und zuverlässigen Korrektor

Kurt Wirth

sprechen wir herzliche Glückwünsche zum

70. Geburtstag

aus. Bitte weiter so, Genosse.

Die Redaktion des Gießener Echo

Ehrung und Gedenken anlässlich des Jahrestages der Ermordung von Ernst Thälmann

Am 18. August ist der 70. Jahrestag der Ermordung des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann. Er war 12 Jahre lang im KZ Buchenwald eingesperrt, bevor ihn seine Mörder auf Befehl Hitlers erschossen.

Aus diesem Anlaß findet am Montag, dem 18. August eine Gedenkveranstaltung statt: um 15 Uhr Thälmann Denkmal in Weimar, nahe dem Bahnhof (Buchenwaldplatz/Carl-August-Allee); 17 Uhr Thälmann Gedenken im Hof des Krematoriums in Buchenwald

Am Samstag, dem 23. August, findet in Buchenwald eine weitere Ehrung der DKP Erfurt statt. - Treffpunkt ist um 15 Uhr am Eingang zum KZ.



news.dkp.de / dkp-giessen.de

WIR BRAUCHEN GELD!

Liebe Leserinnen und Leser,

wir bedanken uns herzlich für alle eingegangenen Spenden und bitten nochmals um Überweisung der Abo-Gebühren und um weitere Spenden. Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Diese Bitte richtet sich auch an unsere On-line-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit. - Wir erinnern: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden. Das Finanzamt erstattet 50% des gespendeten Betrages.

Sparkasse Gießen, IBAN:
DE75 51350025 0000 1930
70,

*Es grüßt mit herzlichem Dank
Die Echo-Redaktion*